

Jenseits des Tellerrands

Plädoyer für eine neue außenpolitische Kultur in Deutschland

von Cornelius Adebahr

Deutsche Politiker haben kaum Auslandserfahrung. Für die junge, international ausgerichtete Generation ist eine Karriere in der hiesigen Politik daher kaum attraktiv, argumentiert Cornelius Adebahr. Die Barrieren zwischen Verwaltungs-, Wissenschafts- und Unternehmenskarriere, zwischen Berufswegen im In- und Ausland sollten aufgehoben werden.

In der illustren Runde von 25 europäischen Staats- und Regierungschefs, die sich im März in Brüssel zu ihrem vierteljährlichen Gipfel treffen werden, befinden sich nur wenige Damen und Herren, die über belastbare Auslandserfahrung¹ verfügen. Die Mehrheit unter ihnen hingegen hat im Laufe ihres Lebens nie im Ausland, geschweige denn in einem anderen Mitgliedsland der Europäischen Union gelebt, studiert oder gearbeitet: Bundeskanzlerin Angela Merkel genauso wenig wie der britische Premierminister Tony Blair, der französische Staatspräsident Jacques Chirac² oder der polnische Präsident Lech Kaczynski.³

Die wenigen Ausnahmen kommen zu gleichen Teilen aus Europas Osten und Westen: Der Präsident Litauens hat nach dem Zweiten Weltkrieg einen Teil seiner Ausbildung in Deutschland erhalten und emigrierte anschließend für mehrere Jahrzehnte in die USA; die Premierminister der baltischen Nachbarn Estland und Lettland studierten in Großbritannien bzw. Irland und den USA. Weitere europäische Regierungschefs mit Auslandser-

fahrung sind die Premiers aus Luxemburg, Griechenland und Irland, die einen Teil ihres Studiums in Frankreich, Großbritannien bzw. den USA verbrachten.

Nicht einmal ein Drittel der Mitglieder des Europäischen Rates verfügt also über Auslandserfahrung. Nichtsdestoweniger sind diese Menschen als demokratisch gewählte Führer ihres Landes nun in der Verantwortung, die veritable Krise Europas zu lösen. Doch wie sollen sie dies vernünftig tun können, wenn es ihnen an der durch Auslandsaufenthalte erworbenen, neuerdings von Personalverantwortlichen jedes international agierenden Unternehmens beschworenen „interkulturellen Kompetenz“ mangelt? An der Fähigkeit, sich in Menschen anderer Kulturen hineinversetzen, von der eigenen Sozialisation und Nationalität abstrahieren zu können? Oder wie es Bernhard von Mutius im Oktober in der *IP* beschrieb, an der „Bereitschaft, sich zu öffnen, über Grenzen hinweg zu sehen, zu arbeiten und zu lernen“?⁴



CORNELIUS ADEBAHR, geb. 1975, ist Politikwissenschaftler und promoviert derzeit mit einem Stipendium der Volkswagen-Stiftung an der DGAP. Seit 2001 arbeitet er als selbständiger Unternehmer im Bereich Politikberatung, Projektorganisation und Training mit Schwerpunkt in europäischer und internationaler Politik.

¹ Als „belastbare Auslandserfahrung“ wird allgemein ein Aufenthalt von mindestens drei Monaten, verbunden mit einem hohen Grad an Integration in die Gastgesellschaft, verstanden. Das Datenmaterial dieses Artikels entstammt den Regierungswebseiten sowie den biographischen Daten von Nachschlageseiten. Da der Integrationsgrad nicht ohne weiteres zu überprüfen ist, soll für diesen kursorischen Überblick die Frage „Auslandsaufenthalt – ja oder nein“ genügen.

² Präsident Chirac hat, wenn schon nicht im Ausland gelebt, so doch in jungen Jahren an Henry Kissingers Summer School in Harvard teilgenommen.

³ Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi war von 1999 bis 2001 immerhin schon einmal Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dass Angela Merkel in zwei Ländern, der DDR und der Bundesrepublik, gelebt hat, soll hier nicht weiter berücksichtigt werden. Für ihre Zusammenarbeit mit den Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa kann dies jedoch von Bedeutung sein.

⁴ Bernhard von Mutius: Deutschland als lernende Nation, *Internationale Politik (IP)*, Oktober 2005, S. 55–61.

Kehren wir also zunächst vor unserer eigenen Tür. In der neuen Bundesregierung spiegelt sich wider, was Albrecht Graf von Kalnein in der Juli-Ausgabe der *IP* schrieb: „Unter den deutschen Spitzenpolitikern findet Ausland ... derzeit kaum statt.“⁵ Ganz anders sieht es in den Kabinetten Frankreichs und Großbritanniens aus. Diesem Bild wird gegenübergestellt die Perspektive eines 30-Jährigen, dessen politische Sozialisation von 15 Jahren eines vereinigten Deutschlands, eines zusammenwachsenden Europas und einer ebenfalls enger zusammenrückenden Welt geprägt ist. So aufgewachsen fällt es leicht, Außenpolitik als Berufung zu begreifen.

Die Jungen denken bereits global, finden sich aber personell und inhaltlich nicht in der offiziellen Politik wieder. Denn die deutsche Politik hat es bisher versäumt, sich auf die – nun nicht mehr ganz so – neue Situation einzustellen und ihre Interessen in dieser Welt zu definieren. Die These lautet also: Nur über eine klar definierte und klug verfolgte Außenpolitik lässt sich der international orientierte Nachwuchs wieder für eine Karriere in Deutschland gewinnen. In diesem Sinne zeigt der Artikel Auswege auf, wie über eine breite Debatte frischer Wind – thematisch und personell – in die deutsche Außenpolitik gelangen kann.

Internationale Berufserfahrung beim ministeriellen Personal

Das neue deutsche Kabinett, je zur Hälfte von CDU und SPD besetzt, bietet im Hinblick auf die internationalen Erfahrungen seiner Mitglieder viel Vertrautes. Wie schon im letzten

rot-grünen Kabinett sind es auch in der Großen Koalition nur zwei Frauen, die im Laufe ihre Lebens einmal im Ausland gelebt und gearbeitet haben: Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und Familienministerin Ursula von der Leyen. Dem stehen beispielsweise sechs Minister gegenüber, die in ihrem Berufsleben den Angaben zufolge nicht einmal die Grenzen ihres heimatlichen Bundeslands überschritten haben, von einer Tätigkeit in der Bundeshauptstadt abgesehen. So darf es nicht verwundern, wenn unsere Spitzenpolitiker die Welt als solche und die Folgen der Globalisierung im Besonderen gerne ausblenden, wie auch der vergangene Wahlkampf gezeigt hat.

Schauen wir einmal über den Rhein zu unseren französischen Nachbarn. Die Regierungsgeschäfte führt dort ein politischer Seiteneinsteiger, Dominique de Villepin, der u.a. in Venezuela aufgewachsen ist und seine Berufslaufbahn im diplomatischen Dienst begann, bevor er schließlich 2002 Außenminister und im Mai 2005 Premierminister wurde.⁵ Innenminister Nicolas Sarkozy, wiewohl in Frankreich aufgewachsen, ist Sohn ungarisch-griechischer Einwanderer. Thierry Breton, Minister für Wirtschaft und Finanzen, hat vor dem Beginn seiner Unternehmerkarriere für zwei Jahre in New York gelebt und an einer französischen Schule unterrichtet. Arbeitsminister Jean-Louis Borloo hat ein MBA-Studium in Manchester absolviert und war wie seine Kollegin aus dem Verteidigungsressort, Michèle Alliot-Marie, für drei Jahre Abgeordneter des Europäischen Parlaments.⁶

⁵ Albrecht Graf Kalnein: „Mittelmacht“ mit Kirchturmpolitik?, *IP*, Juli 2005, S. 61; Cornelius Bröckelmann: Wie international ist die Berliner Republik?, *Berliner Republik*, Heft 3/2005, S. 75–79.

⁶ Der größeren Vielfalt an internationaler Erfahrung in der französischen Regierung steht eine gewisse Einseitigkeit in der Ausbildung entgegen. Acht der 18 Kabinettsmitglieder haben entweder das Institut d'Etudes Politiques oder die Ecole Nationale d'Administration besucht – oder gleich beide Eliteschulen. Der Sportminister, mehrfacher Olympiasieger und Weltmeister im Fechten, erscheint da wie ein bunter Hund.

In der schwarz-roten Bundesregierung gibt es nur zwei Mitglieder mit Auslandserfahrung. Dies ist in Frankreich und Großbritannien ganz anders.

Wie Frankreich besaß auch das dritte große Land Europas, mit dem wir Deutschen uns gerne messen, einst ein Empire – und verfügte somit über einen offeneren Zugang zur Welt als wir. Dies findet in dem aktuellen britischen Kabinett seinen Niederschlag, auch wenn viele Labour-Minister keineswegs nur die Sonnenseiten britischer Ausbildung genossen haben. Dennoch: Der stellvertretende Premier John Prescott war zehn Jahre lang in der Handelsmarine tätig sowie Mitglied im Europarat und im Europäischen Parlament. Letzteres war auch Geoff Hoon für zehn Jahre, nachdem er bereits als Gastprofessor in Louisville, Kentucky gearbeitet hatte, während David Miliband als Kennedy Scholar am Massachusetts Institute of Technology (MIT, Boston) studierte. Drei Minister sind gleich im Ausland aufgewachsen: Patricia Hewitt in Australien, Peter Hain in Südafrika, wo er in der Anti-Apartheid-Bewegung aktiv war, und Baroness Amos in Guyana.

Außenpolitik als Beruf – die Perspektive des Nachwuchses

In Großbritannien und Frankreich sind es jeweils circa ein Viertel der Kabinettsmitglieder, die über längere Auslandserfahrung verfügen. In der Bundesrepublik sind es zwei von 16, also nur halb so viele. Diese ernüchternden Fakten stehen in krassstem Gegensatz zur – zugegebenermaßen subjektiv gefühlten – Internationalität der jungen Generation: Wie viele Leute im persönlichen Umfeld haben nicht schon einmal im Ausland studiert, gejobbt oder auch nur eine mehrmonatige Reise gemacht? Keine Frage, dies sind Privilegien, die nicht jedem – und nicht jeder Generation

– zuteil werden. Doch wäre es falsch verstandene Bescheidenheit, die Gelegenheiten zur Horizonterweiterung nicht zu nutzen, wie sie sich in Form von Summer Jobs, Auslandspraktika und Stipendien den Jungen heutzutage bieten.

Wir haben es also, und das wiederum belegen die Aussagen der Personalverantwortlichen in Verwaltung und Wirtschaft, in weiten Teilen mit einem gut ausgebildeten und international erfahrenen Nachwuchs zu tun – der in Deutschland oftmals keine Stelle findet. Doch statt darüber zu jammern, gilt es festzustellen, dass viele von ihnen auch nur noch ein geringes Interesse an der offiziellen deutschen (Außen-)Politik haben. Dies betrifft vor allem Arbeitsweise und Inhalte einer Beschäftigung in der Verwaltung. Stark hierarchische Strukturen oder gar die „Ochsentour“ innerhalb der Parteien locken nur wenige.⁷ Den Vorzug geben sie stattdessen der Tätigkeit in einer Nichtregierungsorganisation: Weil man näher an den Problemen ist, weil man konkrete Arbeitserfolge erleben, z.B. „Menschen helfen“ kann, weil das Arbeitsklima ein anderes ist. Hierfür nehmen sie dann Abstriche beim Gehalt oder bei der langfristigen Versorgung in Kauf. Oder sie arbeiten für ein international ausgerichtetes Unternehmen, weil hier, bei einer spannenden Tätigkeit, wenigstens die Bezahlung stimmt.

Andere gehen gleich ins Ausland, sind z.B. in der Entwicklungszusammenarbeit lieber „im Feld“ als in der Zentrale, obwohl da, wie jeder Ältere einem rät, die Karrieren gemacht werden. Oder sie arbeiten für eine internationale Organisation auf der Basis von halbjährlichen Verträgen und

Die junge Generation ist gut ausgebildet und international erfahren, aber oftmals findet sie keine Arbeit in Deutschland – will sie es denn überhaupt? Stark hierarchische Strukturen oder die „Ochsentour“ innerhalb der Parteien locken nur wenige.

⁷ Um noch einmal Graf Kalnein zu zitieren: „Die Karrieremuster und Rekrutierungswege der meisten Entscheidungsträger in den Parlamenten und an den Spitzen der Ministerien verharren in einem verengten Begriff des Politischen und arbeiten weiter nach überkommenen Formen der Rekrutierung von Führungsnachwuchs.“ Kalnein, (Anm. 5), S. 60.

kämen gleichwohl nicht auf die Idee, sich für den deutschen Auswärtigen Dienst zu bewerben. (Vielleicht haben sie es aber auch schon versucht und wurden bloß nicht ausgewählt ...)

Nein, es geht nicht darum, eine bestimmte Personengruppe positiv zu überzeichnen und als „Gutmenschen“ darzustellen. Es wäre naiv zu glauben, dass sie nicht auch ihre eigenen, durchaus egoistischen Motive für ihr Tun hätten. Doch will ich feststellen, dass es in der jungen Generation, wohl gerade dank des Friedens und Wohlstands, in dem viele von uns aufwachsen durften, eine beträchtliche Zahl derer gibt, die im Weberschen Sinne für die Politik, nicht von der Politik leben wollen.

Höchste Zeit also, Politik und mit ihr die politische Tätigkeit in einem weiten Sinne zu verstehen. Dann sind es nämlich gleich viel mehr Menschen, die sich „in der Politik“ engagieren. Berlin ist in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel. In der Tat ist die Hauptstadt nämlich für viele junge Leute eine zugkräftige Metropole. Wer kann, versucht hier irgendwie unterzukommen, egal ob im Parlamentsbetrieb, bei einem der vielen Verbände, bei den großen oder kleinen Agenturen, die neuerdings ganz nah an der Politik sind, oder bei Stiftungen und gemeinnützigen Initiativen. Kaum einer geht die Wege, die ein Absolvent des gleichen Faches vor 20 Jahren gegangen ist; manchmal durchaus unfreiwillig probieren wir Neues aus, wozu für nicht wenige auch der Gang zum Arbeitsamt zählt. Daran wird sich auch in Zukunft wohl nicht viel ändern.

Wie für den Autor selbst haben sich für viele der Jüngeren die Jahre seit

Beginn des Studiums so unvorhersehbar und von Zufällen abhängig entwickelt, dass sie sich die bei Personalern beliebte Frage „Wo sehen Sie sich in zehn Jahren?“ gar nicht mehr stellen. Denn es gibt keine klare Antwort mehr: Als Mitarbeiter eines Goethe-Instituts im Ausland oder einer OSZE-Mission in einer Krisenregion oder als Auslandsrepräsentant eines Unternehmens? Möglicherweise sind wir in der Innenpolitik gelandet oder unser Partner macht gerade Karriere und wir kümmern uns um die Kinder?⁸ Oder vielleicht sind wir doch für eine Zeit arbeitslos, wer weiß das schon. Was die Jungen hingegen oftmals wissen, ist, wie sie arbeiten und was sie durch ihre Arbeit erreichen möchten. Wo und für wen sie das tun, ist dann fast schon zweitrangig.

Eine solche Flexibilität ist angesichts der rasanten Entwicklung unserer Welt sicher eine gute Eigenschaft, solange sie an einen inneren Kompass gebunden ist. Das gilt für die persönliche Ebene wie für unser Land insgesamt. Die Verbindung zwischen diesen beiden Ebenen ist die Motivation des Einzelnen, für sich selbst die Politik zum Beruf zu machen. Und hier zeigt sich, dass das Fehlen des einen (deutschen außenpolitischen) Interesses durchaus mit dem Mangel an einem anderen Interesse, dem des Nachwuchses an einer Karriere in der etablierten Politik, zu tun hat.

Die deutschen Interessen in der Welt – lästig oder notwendig?

Nur wenn Politik weiß, was sie will, kann sie die Menschen für sich begeistern. Dieser für sich genommen banale, weil wohl jedem einleuchten-

In der jungen Generation gibt es, dank des Friedens und Wohlstands, in dem viele aufwachsen durften, eine beträchtliche Zahl von Menschen, die im Weberschen Sinne für die Politik, nicht von der Politik leben wollen.

⁸ Dass die Familienplanung allzu häufig zum Opfer einer internationalen Laufbahn wird, wäre Anlass für einen eigenständigen Artikel. Hier soll jedoch der Hinweis auf dieses Dilemma genügen. Für die innenpolitische Laufbahn zeigt der Blick auf das französische und das britische Kabinett, dass in beiden Ländern eine größere Zahl von Ministern jeweils mehr Kinder (in der Regel zwischen zwei und vier) hat als in Deutschland.

de Satz, ist angesichts seiner häufigen Missachtung (siehe die Agenda 2010) nicht mehr ganz so trivial. Wie viele Menschen haben sich von Willy Brandts Ostpolitik für „die Politik“ begeistern lassen? Wie viele würden es heute wieder tun, wenn klar wäre, wofür die Bundesrepublik steht und, ja, kämpft? Natürlich, die Schlagworte sind allen bekannt – und sie wurden in dieser Zeitschrift zuletzt von dem außenpolitischen Nachwuchs der Parteien rezipiert:⁹ europäische Einigung, transatlantische Beziehungen, Multilateralismus und Vereinte Nationen.

Alle diese Ziele sind wichtig und sie werden auch, im Prinzip, von allen wichtigen Parteien vertreten. Doch weder kann man mit diesen Parolen den Nachwuchs in die deutsche Politik holen – er geht dann lieber gleich zur EU, zu den UN oder in die internationale Wirtschafts- oder Entwicklungspolitik. Noch reichen diese Stichworte aus, um die gegenwärtigen Umwälzungsprozesse in genau diesen Institutionen zielgerichtet mitzugestalten.

Die Europäische Union hat sich bereits seit der „Norderweiterung“ von 1995 um die ehemals neutralen Staaten und mehr noch seit der Osterweiterung 2004 verändert und wird dies in Zukunft weiter tun. Die Vereinten Nationen und mit ihnen das Völkerrecht, die Rechtsgrundlage für den von uns so hoch gehaltenen und geschätzten Multilateralismus, verändern sich unter dem Druck der Ereignisse und einiger Mitgliedsstaaten gerade gewaltig. Das gleiche gilt für das Nichtverbreitungsregime und die Abrüstungsverträge, ganz zu schweigen von den sich wandelnden Bedrohungen durch Naturkatastrophen, Pandemien, Migration, zerfallende Staaten oder Terrorismus. Wie steht

Deutschland zu diesen Entwicklungen? Wo und wie wollen wir eingreifen, mitgestalten – nicht aus purer Lust an der Macht, sondern aus dem wohlverstandenen Eigeninteresse heraus, die Welt möge doch bitte schön noch eine Weile so bleiben, wie sie sich über die letzten Jahrzehnte für die meisten von uns so positiv dargestellt hat?

Auch hier geht es nicht darum, so zu tun, als gingen von Deutschland keinerlei Initiativen aus. Im Gegenteil, lobend zu erwähnen sind die deutschen Anstrengungen für den globalen Klimaschutz (siehe Kyoto), die Reform der Vereinten Nationen (gemeint ist nicht der Kampf um den ständigen Sitz im Sicherheitsrat) oder die Menschenrechte (siehe Darfur). Aber die Beispiele zeigen auch sehr wohl die Grenzen der deutschen Außenpolitik: Sie sind nicht in eine Grand Strategy, wie sie Joachim Krause im August-Heft der *IP* eingefordert hat, eingebunden.¹⁰ Und deshalb können wir auch nicht oder nur sehr schwer auf sich verändernde Rahmenbedingungen oder unerwarteten Widerstand von wichtigen Partnern reagieren.

Vielleicht hilft hier das meiner Generation vertraute Bild des Zauberwürfels. Die Erfolge deutscher Außenpolitik stehen für das Komplettieren der Farben auf einer Seite des Würfels. Hieran möchte man gerne festhalten und probiert nur wenig Neues, um diese eine Seite nicht zu zerstören und den Überblick zu verlieren. Das Endergebnis, die richtige Farbkombination auf allen sechs Seiten, ist jedoch nur dadurch zu erreichen, dass man die Perspektive erweitert, das große Ganze sieht und auf dem Weg hierhin auch in Kauf nimmt, dass der Würfel zwischendurch einmal ein bisschen unordentlich aus-

Die Welt verändert sich, wir werden mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Deutschland muss Position beziehen. Nur so kann Politik die Menschen begeistern und motivieren.

⁹ Vgl. *IP*, Juni 2005, S. 60–67.

¹⁰ Joachim Krause: Auf der Suche nach einer Grand Strategy, *IP*, August 2005, S. 16–25.

sieht. Nun ist Außenpolitik sicher kein Zauberwürfel, und vor allem wird es in ihr den perfekten Endzustand nie geben. Doch auch hier muss es ein Ziel geben, auf das man seine Kräfte richtet, und eine Strategie, wie dieses am besten zu erreichen ist. In diesem Punkt hat unser Land noch großen Nachholbedarf.

Das Argument für ein Definieren der deutschen Interessen haben wichtigere Autoren an dieser und anderer Stelle bereits ausreichend und fundiert vorgebracht. Mein Anliegen ist es, diese Frage im Zusammenhang mit der internationalen Ausrichtung des politischen Personals aufzugreifen, weil beide Punkte eng miteinander verbunden sind. Dabei kann und will ich nicht für die Vergangenheit behaupten, die mangelnde Auslandserfahrung des politischen Führungspersonals sei der Grund für das Ausbleiben der notwendigen Diskussion um deutsche Interessen. Stattdessen will ich die aus der Sicht eines jungen Enthusiasten plausible These aufstellen: In dem Moment, wenn die deutsche Außenpolitik wieder klar umrissen und umsichtig verfolgt wird, ist auch die international orientierte Jugend wieder für eine außenpolitische Karriere in Deutschland zu gewinnen. Oder umgekehrt: So lange die deutsche Außenpolitik bleibt, wie sie ist, wird es viele Qualifizierte weiter ins Ausland, in die Unternehmenswelt oder anderswohin ziehen. Bloß nicht zu „Vater Staat.“¹¹

Auswege aus der Sackgasse

Wie kann es also weitergehen? Die erste Antwort ist schon vielfach gege-

ben worden: Die Debatte um die Ziele und Strategien deutscher Außenpolitik darf nicht länger nur von Akademikern eingefordert, sie muss tatsächlich auch geführt werden. Doch sollte sich diese Debatte nicht auf den Planungstab im Auswärtigen Amt sowie die einschlägigen Forschungsinstitute beschränken. Außenpolitik ist eben nicht nur inhaltlich weit zu verstehen und umfasst neben Entwicklungs- und auswärtiger Kulturpolitik auch Welthandelspolitik und globale Umweltpolitik. Auch auf der Akteursebene ist Außenpolitik heutzutage viel umfassender als noch vor einigen Jahren, weshalb neben staatlichen Stellen auch große Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen sowie die Universitäten und Kirchen in den Dialog einbezogen werden sollten.

Und wo wir schon einmal dabei sind: Wenn in Deutschland Hunderttausende für den Frieden demonstrieren und das Nein eines Kanzlers zu einem drohenden Krieg (mit) wahlentscheidend war, dann sollte auch die Öffentlichkeit an der Debatte beteiligt werden. Nicht nur in Bezug auf Deutschlands Rolle in der EU ist ein offener Diskurs überfällig, wäre eine solche Auseinandersetzung doch geeignet, ein besseres Bild der europäischen Verflechtung unseres Landes zu zeichnen. Auch wie sich die Bevölkerung unseres Landes den deutschen Anteil an der globalen Rolle Europas vorstellt, wäre wichtig zu wissen. Zumal es andere (bevölkerungsreiche) Mitgliedsstaaten gibt, deren Bewohner sehr klare Vorstellungen davon haben, was ihr Land (durch die EU) in der Welt erreichen soll. Im Gegen-

Erst wenn Deutschland seine Interessen definiert, Ziele vorgibt und Strategien entwickelt, ist die international orientierte Jugend wieder für eine außenpolitische Karriere hierzulande zu gewinnen.

¹¹ Mit dieser Aussage sollen nicht die Bewerberzahlen beispielsweise beim Auswärtigen Amt (derzeit ca. 2000 Bewerber auf 40 Plätze) übersehen werden. Doch sind zwei Einschränkungen zu machen: Erstens ist man sich auch im AA bewusst, dass ein Anziehen der Wirtschaft den Staatsdienst wieder weniger attraktiv werden lässt; so haben sich Ende der neunziger Jahre nur rund 1000 Absolventen beim AA beworben. Zweitens erhält z.B. eine große deutsche Stiftung, die eine international ausgerichtete Stelle ausschreibt, umgehend 500 bis 600 Bewerbungen – also proportional mehr als das AA.

zug würde den Menschen deutlich werden, dass sich komplexe Fragen wie die der Intervention im Irak oder die des möglichen EU-Beitritts der Türkei nicht auf die Alternative Ja oder Nein reduzieren lassen.

Warum nicht also die Konvents- methode der EU zum Vorbild nehmen und, um Verbesserung der hierbei gemachten Fehler in Bezug auf Publi- zität und Einbindung einer breiten Öffentlichkeit, einen Konvent zu „Deutschland und Europa in einer globalisierten Welt“ veranstalten? Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 bietet hier- für einen mehr als geeigneten Rah- men. Dieser umfassende Prozess, der über einen längeren Zeitraum das Augenmerk der Deutschen auf die sich verändernde Welt richtete, würde nicht zuletzt auch wieder viele Men- schen in diesem Land für die Außen- politik begeistern.

Vorausgesetzt, die inhaltliche Öff- nung geht auch mit einer personellen Öffnung des Systems einher. In diesem Zusammenhang ist es beruhigend, dass sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier eine ganz ähnliche Frage stellt: „Wie und wodurch kann es ge- lingen, den überkommenen außen- und sicherheitspolitischen Diskurs so- wohl personell als auch thematisch so zu öffnen, damit ein möglichst optima- ler Anschluss an die Themen und Ak- teure von morgen gelingt?“¹²

Die Antwort des Berufspolitikers Steinmeier ist die der Anschlussfähig- keit der Außenpolitik an die „Prozes- se unserer inneren Selbstverständi- gung“, also an die Innenpolitik. Die Antwort, die hier gegeben werden

soll, zielt in eine andere Richtung und mag manchem nicht gefallen: Es ist nicht nur unrepräsentativ, sondern auch äußerst unklug, dass sich der (außen-)politische Betrieb derzeit noch fast ausschließlich über die Ver- waltung und die Parteien rekrutiert. Vielmehr sollten auch diejenigen ein- bezogen werden, die in Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, wis- senschaftlichen Instituten oder Stif- tungen im In- oder Ausland arbeiten. Dies nicht zu tun, heißt einfach, ein großes Potenzial an gut ausgebildetem Personal, ob noch jung oder schon er- fahren, auszuschließen.

Außenpolitische Sensibilität und Kompetenz kann man sich vielerorts, vor allem aber im Ausland erwerben. Deshalb sollten wir die bestehenden Grenzen zwischen Verwaltungs-, Wis- senschafts- und Unternehmenskarrie- re, zwischen Berufswegen in Deutsch- land und im Ausland überwinden. Es kann nicht schaden, mit deutscher innenpolitischer oder unternehmeri- scher Erfahrung im Ausland bzw. für eine internationale Organisation zu arbeiten und umgekehrt. „Alles ist Außenpolitik“ und „Alles ist Innen- politik“ sind gleichermaßen zutreffen- de Aussagen.

Der so genannte „Quereinsteiger“ gehört abgeschafft – er muss der Nor- malfall werden. Natürlich bringt das Unsicherheiten und Neuerungen für eingefahrene Systeme, doch ist dies die beste Antwort auf die Welt, wie sie sich außerhalb unseres Landes tat- sächlich darstellt. Und es ist der Weg, die Jugend (und manch älteren Jahr- gang) wieder für die Politik als Beruf zu begeistern.

Es ist unrepräsentativ und unklug, dass sich der (außen-)politische Betrieb fast nur über die Verwaltung und die Parteien rekrutiert. Auch diejenigen sollten einbezogen werden, die in Unternehmen, NGO, wissenschaftlichen Instituten oder Stiftungen im In- oder Ausland arbeiten.

¹² Frank-Walter Steinmeier, damaliger Kanzleramtsminister, am 21. September 2005 in seiner Rede in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP); abrufbar über www.swp-berlin.org.